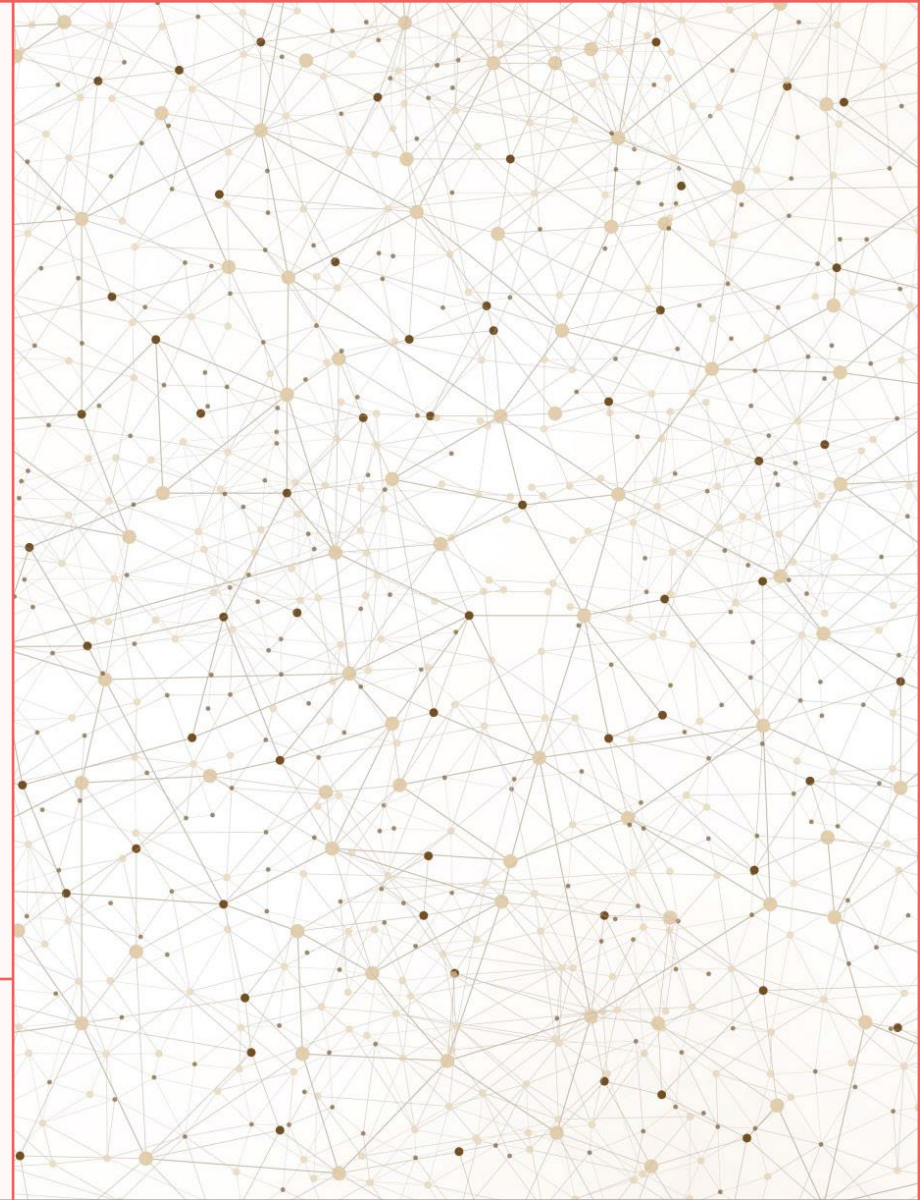


**Reiche reicher,
Arme ärmer
machen?**

**Demokratie geht
anders!**

Konferenz, Mehr Demokratie! – 21.11.2025,
Wissensturm/Linz. Margit Appel



Was ist Demokratie?

In Demokratien herrscht nicht das (ganze) Volk, sondern eine Mehrheit des Volkes – auf Zeit

Durch Wahlen erträglich

An defizitärem Rechtsstaat und klassenspezifischer Partizipation kranken die meisten Gegenwartsdemokratien

Herrscher und Beherrschte müssen eins sein, Regierte müssen sich auch als Regierende begreifen können.

In demokratischen Regimen werden Gesetze von denen gemacht, auf die sie auch angewandt werden – in autokratischen Regimen fallen Gesetzgeber und Gesetzesadressaten auseinander

- Nach Wolfgang Merkel, Im Zwielficht: Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert (2023)

Welche demokratischen Institutionen und Verfahren können diese Identität (Regierter = Regierender) herstellen? Mythos, der Demokratie legitimiert, eigentliche Herrschaftsverhältnisse aber verschleiert?

So geht's uns heute (2025)

Politisches Interesse /Vertrauen in Institutionen

21% der Gesamtbevölkerung sehr Politik interessiert, 46% haben ein gewisses Interesse.

Politisches Interesse besonders hoch bei Personen mit hoher Bildung, bei Menschen mit niedrigem Einkommen fällt es gering aus.

33% der 18-74jährigen fühlen sich in politischen Fragen überhaupt nicht gehört, 47% fühlen sich eher nicht gehört. 20% stimmen der Aussage zu, dass ihre Stimme ganz oder eher gehört wird.

42% der Personen mit Einkommensverlusten, 40% der von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte gaben an, dass ihre Stimme überhaupt nicht gehört wird. (Bildungsniveau: 38% Personen mit maximal Pflichtschulabschluss, Hochschulabsolvent:innen 27%)

Politische Aktivitäten / Wirksamkeit

- Politische Aktivitäten auf Wahlen beschränkt, Teilnahme an Demo oder Parteiengagement Minderheitenprogramm
- Ein kritisches Bild bei Frage, ob man die eigenen Interessen in politischen Fragen im Land vertreten sieht. Für 70% nicht oder eher nicht. Besonders stark empfinden das Personen mit Einkommensverlusten (76%). Ihre Interessen im Land sehr oder eher vertreten sehen Mehrkindhaushalte (39%) sowie Personen mit höherer Bildung (40%).
- Einflussmöglichkeiten im direkten Lebensumfeld werden überwiegend positiv eingeschätzt: mehr als die Hälfte der 18- 74jährigen stimmten der Aussage zu, durch ihr Handeln im Wohn-, Arbeits- oder Ausbildungsumfeld einen Unterschied machen zu können. Zurückhaltender schätzten vulnerable Gruppen ihre Wirksamkeit ein.
 - *Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMASGPK) (Hg.); So geht's uns heute. Die sozialen Krisenfolgen im 2.Quartal 2025 – Schwerpunkt: Politische Teilhabe. Ergebnisse einer Statistik Austria Befragung. 2025*

Was ist Demokratie?

Drei Jahrzehnte kontinuierliche Zunahme von Ungleichheit in den entwickelten OECD-Staaten hat Verteilungsfragen wieder auf Tagesordnung der Demokratietheorie gesetzt.

- Schleichende Exklusion benachteiligter Gruppen aus wirtschaftlicher, sozialer und schließlich politischer Ebene des Gemeinwesens; zunehmende „soziale Vererbung“ → politischer Skandal

„Liefert“ Demokratie nicht, was Bürger*innen sich an materieller Politik erwarten, gefährdet das ihre Stabilität und Qualität. Krisenkonjunkturen kapitalistischer Ökonomie bringen Politik/Staat an Grenzen → Legitimationsentzug (Habermas)

- Wohlfahrtsstaatliche Leistungen als Versuch „Massenloyalität“ (Offe) zu erzeugen

Realität: Innere klassenspezifische Aushöhlung der Demokratie
→ Zweidritteldemokratie

- Staatsversagen des Steuer-, Sozial- und Bildungsstaates = Demokratiever sagen

Wirtschaftliche Ungleichheit - Demokratie

Demokratie findet in einem Umfeld ökonomischer Ungleichheiten statt, diese hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen

- Reminder: Prinzip politischer Gleichheit – Gleiche Teilhabe aller Menschen an der politischen Gestaltung ihrer eigenen Lebensumstände

Wer wählt, wer kann wählen? Gruppe, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch macht $\neq$ Gruppe, die wählen darf $\neq$ Gruppe an Menschen, die in einem Land leben. Krise repräsentativer Demokratie?

NR-Wahl 2019: Beteiligung 83% ökonomisch stärkstes Drittel, 59% ökonomisch schwächstes Drittel → Ökonomische Ressourcen und damit verbundene gesellschaftliche Position prägen Wahlbeteiligung

Menschen mit geringen ökonomischen Ressourcen empfinden mehrheitlich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich als ungerecht. Ungerechtigkeitsempfinden $\leftrightarrow$ politische Beteiligung: 1. Schritt; fehlt: Überzeugung, etwas bewirken zu können

Arbeiten Lea Elsässer (2018): Entscheidungen des Deutschen Bundestages im Zeitraum 1980 bis 2013 Präferenzen der oberen Einkommensgruppen gefolgt, zulasten der unteren Einkommensgruppen verzerrt.

Nach: Martina Zandonella (2020)

Steigende Ungleichheit – sinkendes Vertrauen in Institutionen

Zusammenhang zwischen materieller Ungleichheit und weiteren Dimensionen sozialer Ungleichheit

- Bildung, Gesundheit, verfügbare Zeit, Ressourcenzugang/-verbrauch, Anerkennung/Status, politische Beteiligung / Rechte

Refeudalisierungs-These! Gesellschaftskritik, die Veränderungsanspruch formuliert

- Feudale Gesellschaft bestimmt durch materielle Ungleichheiten, die sich ungehindert durch Institutionen / politische Vorkehrungen in diese Dimensionen fortschreiben
- Stärkere Klassengrenzen stellen die politische Gleichheit der Individuen praktisch in Frage: mehr Geld, mehr Handlungsmöglichkeiten (z.B. Besteuerung, Lebenserwartung)
- Finanzkapitalismus führt zu Verteilungsstrukturen, wie sie im Absolutismus zu beobachten waren
 - Nach Jakob Kapeller (2020)

Ungleichheit – Dimension Care

Personen bzw. Personengruppen auf als „inferior“ bewertete Rollen und Tätigkeiten festgelegt

Menschen durch Zuweisung zu abgewerteten Tätigkeiten als nicht gleich zu „markieren“ ist ein ernsthaftes Problem für die Demokratie

Die Arbeitsteilung im Bereich der Sorge- und Versorgungsarbeit hat sexistische, rassistische, klassistische Züge.

Demokratisches Prinzip der Gleichheit verletzt!

Ungleichheit – Dimension Care

*Desto mehr gesellschaftliche Macht,
desto eher kann man Sorgearbeit
anderen „andrehe“: Männer an
Frauen, Oberschicht an Unterschicht,
Freie an SklavInnen, die, die sich als
„rassisch“ höherwertig betrachten an
jene Gruppen, die sie als unter ihnen
stehend bewerten.*

Caring Democracy (2013), Joan C.
Tronto

Grenzen der Demokratie

Moderne Demokratieggeschichte Erzählung der Sieger

Die Zukurzgekommenen der Demokratie – die auf der Berechtigungsstrecke Gebliebenen – sind für gewöhnlich nicht der Rede wert

Breit gestreute Ängste vor Demokratisierung → Öffnung von Berechtigungsräumen

Grenzen der Demokratie

- **Oben gegen Unten**

- Berechtigungsräume für jedermann öffnen: nicht das Interesse von „Oben“ – Logik der Klassengesellschaft
- Vertikale Achse von Öffnungs- und Schließungsprozessen: Konflikt um die Frage der Volksherrschaft
- „Soziale Logik der Nichtwahl“ + formale Ausschlüsse
- Kampf gegen „soziales Anspruchsdenken“: Kulturrevolution bezahlter Urlaub

- **Hinz gegen Kunz**

- Grenzziehungen durch Beherrschte und Besitzlose selbst – Logik der Konkurrenzgesellschaft
- Horizontale Achse von Öffnungs- und Schließungsprozessen: Berechtigungskämpfe von Ausgeschlossenen
- Dynamik sozialer Differenzierung: Grenzen setzen zwischen Gruppen
- „Soziales Grenzregime“: Frauen, Gastarbeiter, Alter

Grenzen der Demokratie

„Männer, die Frauen, Einheimische, die Zugewanderte, Junge, die Alte draußen halten wollen – und gegebenenfalls umgekehrt: All das gehört zum Gang der demokratischen Dinge. Der Bürgerstatus erscheint als knappes Gut, der eigene Zugang zur Berechtigung als ein Glücksfall, vergleichbar dem Ergattern eines Platzes auf dem Rettungsboot des Lebens.

Nur logisch, dass die Bürger*innen der Konkurrenzgesellschaft, kaum dass sie sich selbst in Sicherheit gebracht zu haben meinen, den nur allzu bekannten Wahlspruch der Privilegierten anstimmen: „Das Boot ist voll!“.

Stephan Lessenich (2019), Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem

Mehr Demokratie

Lässt sich Demokratie sozial
entgrenzen? Und ökologisch
begrenzen? → Neues
demokratisches Grenzregime

„Regierte müssen sich auch als
Regierende begreifen können“:
Muss gegen die real existierende
Demokratie erkämpft werden

Solidarität! –

Nicht als Verbindung unter
Gleichen, sondern als
Überbrückung von Differenzen

Solidarische Praxis: radikale
Veränderung des
gesellschaftlichen Systems
ungleicher Möglichkeiten der
Teilhabe an der Gestaltung der
eigenen Lebensbedingungen

Kampfsolidarität – immer ein
Gegenüber, dem Demokratisierung
der Demokratie widerstrebt

Mehr Demokratie

DEMOKRATIE JETZT

- **Demokratie ist nicht zu schützen, nicht einmal zu erhalten „ohne das Wagnis der Verbreitung, Definition und Institution von neuen Rechten einzugehen“**
 - (Etienne Balibar, 1989)

RESILIENTE DEMOKRATIE

- **Demokratische Parteien** müssen
 - Vertretung /Repräsentation und Antwortbereitschaft /Responsivität gegenüber soz.ök. vulnerablen Gruppen verstärken
 - weitere Beteiligungsverfahren fördern
- **Organisationen der Zivilgesellschaft** müssen
 - Ihre „Brückenfunktion“ stärken
 - Politik/Staat demokratieloyal kritisieren

Danke für's Zuhören!